

## F a k t e n u n d A r g u m e n t e



*Unser  
Grossflächen-  
plakat zur  
Aktion am  
29. 12. 2000*

Unser Tipp zu Silvester:

**Jetzt NOCH MAL RICHTIG VOLLAUFEN LASSEN.**



WEG MIT DIESER ~~X~~ K.O.-STEUER

**CDU**

## Bundesweiter **Aktionstag** am 13. Januar gegen die Ökosteuer

Damit es nicht noch schlimmer kommt, als Rot-Grün es für den 1. Januar ohnehin vorsieht: Die CDU wird ihre Kampagne gegen die Ökosteuer fortsetzen.

Nach dem 3. Tiefschlag sind der 4. und 5. auch schon beschlossene Sache. Generalsekretär Laurenz Meyer: ■

Unsere letzte Aktion war ein Erfolg. ■ Die CDU hat in der öffentlichen Meinung durchgesetzt: Schröders so genannte Ökosteuer ist eine reine K.O.-Steuer.

Am 29. Dezember geht es weiter: mit dem Generalsekretär in Berlin und mit einer  
(Fortsetzung Seite 2)

Frohe  
Weihnachten und  
ein glückliches  
und erfolgreiches  
neues Jahr!

Die nächste UiD-  
Ausgabe erscheint  
am 18. Januar 2001.

Fortsetzung von Seite 1

gemeinsamen Aktion der Spitzenkandidaten der CDU Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, mit Ministerpräsident Erwin Teufel und dem Landesvorsitzenden Christoph Böhr.

### Unser Motto: Noch mal volllaufen lassen

Die Aktion wird vor einer Tankstelle oder auf einem belebten öffentlichen Platz stattfinden – mit der Verteilung von Benzinkanistern an die Autofahrer. Motto: „Unser Tipp zu Silvester *Jetzt noch mal richtig volllaufen lassen.*“

Laurenz Meyer: „Im nächsten Jahr wird die Kampagne durch einen bundesweiten Aktionstag aller CDU-Verbände fortgesetzt. Dieser Aktionstag wird am 13. Januar 2001 stattfinden.“

Einzelheiten zur  
Kampagne und  
Vorstellung der  
Materialien:  
Seite 22 - 23

IMPRESSUM

**UID**

## K.O. - STEUER - WERBUNG

# 2 Millionen Mark für nichts

Noch vor Weihnachten hat die Regierung Schröder ein neues Märchen aufgetischt. Zwei Millionen Mark Steuergelder sind es dem Finanzminister Eichel wert, die wenigen, die noch an eine gerechte rot-grüne Steuerpolitik glauben wol-

len, bei der Stange zu halten. Zwei weitere Millionen, die der Bürger an der Tanksäule zahlen muss. So teuer, wie die Kampagne ist, so billig ist die Politik, die damit verkauft werden soll. Die Realität sieht doch eher so aus:

CDU



Die Idee, den kleinen Leuten Märchen zu erzählen, gibt es seit langem. Die dritte Stufe der Ökosteuern gibt es ab Januar 2001

WEG MIT DIESER X K. O. STEUER

## CDU gratuliert George W. Bush

### Zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen erklärte Angela Merkel:

Wir freuen uns über die Wahl von George W. Bush zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Mit ihm wird ein Vertreter unserer Partnerpartei in der Internationalen Demokratischen Union,

der Republikanischen Partei, in das Weiße Haus einziehen. Wir wünschen ihm für die Aufgaben, die vor ihm liegen, viel Erfolg und Gottes Segen. – Wir haben die Rolle republikanischer Präsidenten bei Überwindung der Teilung Deutschlands nicht vergessen.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

FRIEDRICH MERZ UND MICHAEL GLOS:

## Gipfel der Besitzstandswahrer

**Zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Nizza erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der erste stellvertretende Vorsitzende:**

Der Europäische Rat von Nizza hat die in ihn gesetzten Erwartungen nur zum Teil erfüllt. Gemessen an der Dauer der Verhandlungen wurde nur ein Minimalergebnis erzielt. Damit ist auch das Versprechen der Europäischen Union, bis zum 1. Januar 2003 die notwendigen institutionellen Reformen für die Aufnahme neuer Mitglieder durchzuführen, nicht vollständig eingelöst.

### Von Solidarität nur wenig zu spüren

Der Erweiterungsfahrplan kann eingehalten werden, auch wenn in Nizza wichtige Aufgaben unerledigt geblieben sind und wir erneut von „left-overs“ sprechen müssen. Nachbesserungen sind unverzichtbar. Dies gilt für die in Nizza zum Teil schlecht gelösten institutionellen Fragen, aber auch für die Reform der Struktur- und Agrarpolitik.

Unzureichend ist insbesondere das Ergebnis bei der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen, wo sich einmal mehr die bisherigen EU-Mitglieder als Besitzstandswahrer internationalen Privilegien erweisen haben. Obwohl von den über 70 bisher der Einstimmigkeit unterworfenen Artikeln des EG-Vertrages ein beträchtlicher Teil in die Mehrheitsentscheidung überführt wurde, sind politisch wichtige Bereiche wie die Strukturpolitik und die Asyl- und Migrationspolitik in der Einstimmigkeit verblieben. Von Solidarität unter den Mitgliedsstaaten war in Nizza nur wenig zu spüren. Auch in der Frage der Stimmenwägung wurde das Reformziel verfehlt. Die doppelte Mehrheit, die einen optimalen Interessenausgleich zwischen den großen und kleinen Mitgliedstaaten gesichert und zugleich die demokratische Legitimität der Entscheidungen im Ministerrat erhöht hätte, wurde zugunsten eines unehrlichen Kompromisses aufgegeben. Die Abstimmungen im Rat werden noch komplizierter und noch weniger transparent.



F. Merz



M. Glos

### Gespannte Beziehungen zwischen Berlin und Paris

Dass das Ergebnis von Nizza insgesamt so dürftig ausgefallen ist, hat auch mit dem fehlenden Engagement der Bundesregierung bei der Regierungskonferenz und mit dem schlechten Zustand der politischen Beziehungen zwischen den Regierungen in Paris und Berlin zu tun. Hinzu kommen falsche Signale, die die Stimmengewichtung im Ministerrat zur Prestigeangelegenheit für Deutschland und Frankreich gemacht haben. Dies gilt für die Äußerungen von Bundeskanzler Schröder in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag zur Reform der Stimmengewichtung ebenso wie für die unmittelbar folgende, schroffe Reaktion des französischen Staatspräsidenten

Chirac. Beide hatten nicht den europäischen Erfolg, sondern ausschließlich die Bedienung innenpolitischer oder gar persönlicher Interessen im Visier.

### Die unvollständige Reform auf einer Folgekonferenz fortsetzen

Wir begrüßen gleichwohl auch die positiven Ergebnisse des EU-Gipfels. Hierzu gehört die Verständigung auf einen EU-Kommissar je Mitgliedsland und eine Begrenzung der Anzahl der EU-Kommissare im Zuge der Erweiterung. Die feierliche Unterzeichnung der Grundrechtscharta ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Europäischen Verfassungsvertrag, der zugleich die Abgrenzung der Kompetenzen neu regeln muss. Mit der Vereinfachung der sogenannten „verstärkten Zusammenarbeit“ können Integrationsfortschritte erreicht werden, auch wenn nicht alle EU-Mitgliedstaaten mitmachen.

Die unvollständige EU-Reform muss in einer Folgekonferenz fortgesetzt werden, damit Europa nicht in eine Krise gerät. Hierfür hat es in Nizza ein klares Mandat gegeben. Die CDU/

ANGELA MERKEL:

## Prozess der Ost-Erweiterung nicht mehr umkehrbar

**Mit diesem Satz kommentierte die Parteivorsitzende das Ergebnis des Gipfels in Nizza. Gleichzeitig stellte sie fest, dass die EU-Staats- und Regierungschefs nur einen „Minimalkonsens“ erreicht hätten.**

Ausdrücklich begrüßte Angela Merkel die Proklamation der europäischen Grundrechtscharta. Außerdem wertete sie die künftige Stimmengewichtung im Ministerrat und die Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen bei der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments als Erfolg. Allerdings sei die CDU „nicht damit zufrieden, dass Mehrheitsentscheidungen nur in wenigen Bereichen durch-

gesetzt wurden“. Deshalb würden sich die Finanzverhandlungen innerhalb der EU in Zukunft noch schwieriger gestalten, wie bereits der Berliner Gipfel und die Verhandlungen zur Agenda 2000 gezeigt hätten.

Insgesamt vollziehe sich der Fortschritt aber im Schnecken tempo. „Mehr Mut und mehr Weitsicht sind notwendig“, um den Prozess der EU-Erweiterung gestalten zu können. Positiv registrierte Angela Merkel, dass sich CDU und CSU mit ihrer Forderung nach einer Regierungskonferenz über die Kompetenzverteilung durchgesetzt hätten. Allerdings liege der Beginn dieser Regierungskonferenz im Jahr 2004 „recht spät“.

CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, mit den Arbeiten an einem europäischen Verfassungsvertrag einschließlich einer Durchforstung und klaren Regelung der EU-Kompetenzen umgehend zu beginnen. Die europäische Agenda duldet keinen Aufschub. Neben dem Verfas-

sungsvertrag muss auch die Erweiterung konkret voran gebracht, müssen die Gemeinschaftspolitiken, insbesondere die Agrar- und Strukturpolitik neu justiert werden. Die schwedische und belgische Ratspräsidentschaft im Jahr 2001 müssen fortsetzen, was in Nizza unerledigt geblieben ist. 

BUNDESVORSTAND:

# Neue Energie für Deutschland

**Anlässlich der Verabschiedung des energiepolitischen Programms „Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert“ erklärte der Bundesvorstand am 4. Dezember:**

Energie und Mobilität sind für ein Industrieland wie Deutschland von vitaler Bedeutung. Zusammen mit einer möglichst wenig belasteten Umwelt sind sie Grundlage für unsere Lebensqualität und unseren wirtschaftlichen Erfolg. Energiepolitik ist deshalb ein entscheidendes Handlungsfeld für die Zukunft. Auch die Sorge um das Weltklima zeigt, dass es darauf ankommt, heute die Weichen für morgen zu stellen.

Sicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltverträglichkeit sind die Grundanforderungen, an denen sich jede Energiepolitik ausrichten muss. Deshalb brauchen wir auch künftig einen ausgewogenen, am Wettbewerb orientierten Energiemix.

Der allein aus ideologischen Motiven heraus betriebene Atomausstieg und die familienfeindliche und ungerichte „Ökosteuern“ auf der

einen Seite, die Einschnitte bei der Erforschung zukunftsfähiger Energieerzeugung auf der anderen Seite belegen: Die rot-grüne Bundesregierung versagt in Sachen Energie, Umweltschutz und Mobilität auf breiter Front.



Allein die Tatsache, dass gerade der Öffentliche Nahverkehr durch die „Ökosteuern“ erheblich verteuert und damit für die Bürger unattraktiver wurde, ist dafür der beste Beweis. Während die noch von der CDU geführten Bundesregierung durchgesetzte Liberalisierung des Strommarktes die Bürger um 15 Mrd. Mark entlastet hat, wird diese Entlastung durch die „Öko“-/Stromsteuer von Rot-Grün mehr als aufgewogen. Anstelle von Umwelt-, Energie-

und Mobilitätspolitik betreibt die Bundesregierung lediglich eine Politik der Erhöhung von Staatseinnahmen.

■ Die Bundesregierung beschränkt sich auf den Ausstieg aus der Atomkraft und auf die Belastung der Menschen durch Abgaben und höhere Steuern, die ausdrücklich nicht der Umwelt zugute kommen.

■ Anstatt die Energieforschung in Deutschland zu intensivieren, ist der Etat einschneidend gekürzt worden. Damit versündigt sich Rot-Grün an der technologischen Zukunftsfähigkeit Deutschlands, an seinen volkswirtschaftlichen Chancen und den Lebenschancen der nachfolgenden Generationen.

■ Die Bundesregierung setzt auf eine interventionistische Politik: Importverbote, Erhaltungssubventionen, Ausbausubventionen für Kraft-Wärme-Kopplung in einer Zeit des Strukturwandels und des Abbaus von Überkapazitäten.

■ Wettbewerb, Staatsferne und Subventionsfreiheit werden ersetzt durch Abschöpfung der Wettbewerbsgewinne in Form einer

Steuer auf Strom, Gas und Kraftstoffe und eine nicht wettbewerbsorientierte Förderpolitik.

■ Im Bereich (Gebäude-) Wärme fehlen politische Innovationen. Gefahr droht vom „Strom für Wärme“-Verbot durch Trittin in der Energieeinsparverordnung.

■ Mit der „Ökosteuer“ nimmt Rot-Grün den Bürgern das Geld, das besser in Maßnahmen zur Energieeinsparung investiert würde.

■ Es gibt kein Gesamtkonzept in der Verkehrspolitik – statt dessen zusätzliche Belastungen für die Verkehrsteilnehmer.

### Unsere energiepolitische Initiative soll die Zukunftsfähigkeit Deutschlands erhöhen

Unser Ziel ist es, Schadstoffemissionen massiv zu verringern und gleichzeitig die Lebensqualität und Mobilität der Menschen in Deutschland zu erhöhen. Nur beides zusammen ist wirklicher Fortschritt. Verzicht auf Komfort und Mobilität sind kein gangbarer Weg für ein hochentwickeltes Industrieland wie Deutschland. Wir setzen auf marktwirtschaftliche, innovative Lösungen, um Lebensstandard und Nachhaltigkeit auf hohem

technologischen Niveau miteinander zu vereinbaren.

Die CDU fordert fünf konkrete Maßnahmen zur Sicherung zukunftsfähiger Energieversorgung und Mobilität in Deutschland:

#### ■ Eine einheitliche europäische Regelung für die Förderung von Energieträgern

Anstelle einer nationalen Subventionierung einzelner Energieträger brauchen wir mittelfristig eine europäische Gesamtstrategie zur Energieversorgung. Energieversorgungssicherheit und Importabhängigkeit kann im Europa der Zukunft nicht mehr national definiert werden. Es muss erstens strategisch festgelegt werden, in welchem Maße sich Europa zukünftig Importabhängigkeiten leisten kann und leisten will. In einem zweiten Schritt ist zu bestimmen, welche Energieträger (Kohle, Kernenergie, regenerative Energien etc.) das gewünschte Maß an autarker Energieversorgung gewährleisten sollen.

Um Spielräume für die nationale Energieversorgung zu erhalten, sollten die Länder in Europa für 15 Prozent der Stromversorgung eigene Finanzierungs- bzw. Subventionsmaßnahmen ergreifen können.

Darüber hinaus gehende Anteile an importunabhängiger Energieversorgung, die aus europäischer Sicht notwendig sind, sollten aus EU-Fördertöpfen finanziert werden. Hierbei ist die jeweils kostengünstigste Energiebereitstellung entscheidendes Kriterium für die Auswahl der jeweiligen Förderstandorte und Fördermengen.

#### ■ Eine aktive, wettbewerbliche Förderpolitik für erneuerbare Energien

Staatliche Förderpolitik darf sich nicht in bloßen Subventionen erschöpfen, sondern muss Anreize für die besten Lösungen geben. Deshalb muss Wettbewerbsausreibungen der Vorzug gegeben werden gegenüber der einseitigen Festlegung für eine bestimmte Technologie (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung).

Für die Bundesrepublik Deutschland soll eine bestimmte Summe festgelegt werden, die für alternative Energien zur Verfügung steht. Diese Summe wird aufgeteilt auf die einzelnen Energieträger.

In Bieterwettbewerben sollen solche Projekte geprüft und ausgewählt werden, die den jeweils geringsten Zuschuss für die Durchführung ihrer Investitionen verlangen. Bei beschränkter vorhandenem Mitteleinsatz

gewährleistet dieses Modell eine hohe technische Effizienz, schafft mittelfristig wertschöpfungsintensive neue Arbeitsplätze und genügt den Forderungen der EU-Kommission nach Transparenz. Im Ergebnis werden so mehr regenerative Energien gefördert als beim bisherigen „Gießkannenprinzip“.

■ **Entschlossenheit und Ehrgeiz bei der Einführung CO<sub>2</sub>-freier Technologien in den Bereichen Automobil und Gebäude-Energieversorgung**

Die Bundesregierung muss die Entwicklungen der Fahrzeug- und Haustechnikindustrie durch Anreize unterstützen, um CO<sub>2</sub>-freie Antriebs- und Energieversorgungstechnologien so bald wie möglich wettbewerbsfähig zu machen, damit wir unsere Klimaschutzziele erreichen können.

**Wir fordern:**

■ Im Jahr 2010 sollen 25%, im Jahr 2015 40% aller Neufahrzeuge CO<sub>2</sub>-frei angetrieben werden. Um die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-freie Kraftstoffe zu unterstützen, sprechen wir uns für eine befristete Befreiung von der Mineralölsteuer aus.

■ Die Brennstoffzelle soll bei Neubauten und Altbau-Modernisierungen als zentrale Strom- und Wärme-

quelle auf breiter Front eingeführt werden.

■ **Ein Nachwuchsprogramm für die deutsche Atomtechnologie, denn sie bleibt mittelfristig unerlässlich.**

Die weitere Nutzung der Kernenergie ist aus Gründen der Versorgungssicherheit, insbesondere aber auch aus klima- und sicherheitspolitischen Gründen erforderlich:

Wir brauchen das hohe sicherheitstechnische Know-how Deutschlands für die im Zuge der EU-Osterweiterung anstehende Nachrüstung der dortigen Kernenergieanlagen. Auch von Ausstiegsbefürwortern ist unbestritten, dass das eigentliche Gefährdungspotential kerntechnischer Anlagen nicht in Deutschland, sondern vor allem in den mittel- und osteuropäischen Staaten liegt. Ein Ende der Kernenergie in Deutschland bedeutete aber, dass wir den Einfluss auf die Sicherheitsstandards in diesen Staaten mehr und mehr verlieren.

Dabei müssen wir nicht zuletzt in unserem eigenen Sicherheitsinteresse alle Möglichkeiten nutzen, ältere Reaktoren russischer Bauart schnellstmöglich nach unseren Sicherheitsstandards aufzurüsten.

Ohne den Beitrag der klimaneutralen Kernenergie

würden nicht nur die bisherigen Erfolge im Klimaschutz vollständig konterkariert, sondern zugleich unsere internationalen Reduktionsverpflichtungen zunehmend unerreichbar. Deutschland würde sich von seiner internationalen Vorreiterrolle im Klimaschutz verabschieden und entzöge sich seiner globalen Verantwortung in dieser Frage.

■ **Den Strukturwandel in Ost- und Westdeutschland fair gestalten**

Der anstehende Strukturwandel im Braun- und Steinkohlebergbau in Ost- und Westdeutschland muss in vergleichbarer Weise wirtschafts- und sozialpolitisch flankiert werden.

[http://](http://www.cdu.de/infonet)

Den vollen Wortlaut des Programms finden Sie als Dokumentation im Innenteil dieser Ausgabe und unter: [www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet). Ebenfalls im Internet/Infonet: die gemeinsame Erklärung von Generalsekretär Laurenz Meyer und des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Umwelt und Energie, Kurt-Dieter Grill, zum Vorstandsbeschluss

# BSE muss europaweit wirkungsvoll bekämpft werden

**BSE ist eine Gehirnerkrankung bei Rindern, die erstmals in den 80er Jahren in Großbritannien aufgetreten ist. Nach derzeitigem Erkenntnisstand wurde die Krankheit durch die Verfütterung von nicht ausreichend sterilisiertem Tiermehl ausgelöst. Ein Zusammenhang mit einer neuen Variante der Creutzfeldt-Jacob-Krankheit (Gehirnkrankheit beim Menschen) kann nicht ausgeschlossen werden. Im Sinne eines vorbeugenden Verbraucherschutzes gilt es deshalb, BSE und die mit ihr verwandte Schafkrankheit Scrapie konsequent zu bekämpfen.**

## BSE-Situation in Deutschland vergleichsweise günstig

Die frühere CDU-geführte Bundesregierung hat sich als erste in Europa um die Bekämpfung von BSE gekümmert. Nicht zuletzt auf ihr Drängen hin wurde ein Schlachtprogramm in Großbritannien durchge-

führt, ein europaweites Verfütterungsverbot von Tiermehl an Wiederkäuer erlassen und ein Exportverbot von Rindern und Rinderprodukten aus Großbritannien verhängt. In Deutschland hat sie für den Aufbau eines Kennzeichnungssystems für Rindfleisch und eines lückenlosen Herkunftsnachweises gesorgt. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo die Seuche ihren Ausgangspunkt genommen hat und inzwischen fast 200.000 Fälle aufgetreten sind, oder Ländern wie Frankreich, Schweiz, Portugal und Irland, in die die Seuche verschleppt wurde, ist die Situation in Deutschland vergleichsweise günstig. Bisher wurde lediglich ein Rind als BSE-positiv getestet. Trotzdem: wir dürfen kein Risiko eingehen - wir müssen noch mehr tun!

## Das Versagen von Rot-Grün: Hektik ohne Kopf und Sachverstand

Seit dem Regierungswechsel hat sich die Situation in der BSE-Bekämp-

fungspolitik grundlegend geändert.

### Zunächst wurde von Rot-Grün überhaupt keine Verbraucher-schutzpolitik in Bezug auf BSE betrieben:

- Bundeslandwirtschaftsminister Funke hat weder Herkunftsnachweis noch Etikettierung von Rindfleisch, nicht einmal die Kennzeichnung von britischen Rindfleisch europaweit durchgesetzt.
- Bundesgesundheitsministerin Fischer drängte die Länder im Frühjahr 2000, den Importstopp für britisches Rindfleisch aufzuheben. Die Bedenken der CDU teilte sie nicht.

Seit dem ersten positiven Testergebnis auf BSE in Deutschland herrschen kopflose Hektik und Chaos statt effizientem Krisenmanagement. Die Verbraucher sind zutiefst verunsichert von immer neuen sich widersprechenden Aussagen.

- Zuerst ist Tiermehl ein sicheres Futtermittel, dann wird Tabula rasa gemacht und alles ohne Differenzie-



rung und Sachverstand verbieten: Tiermehl, Fischmehl und auch lebensmitteltaugliche tierische Fette, die nichts mit BSE zu tun haben. Zum Teil steht eine bedarfsgerechte Tierfütterung auf dem Spiel. In der Kälberfütterung gibt es echte Engpässe.

■ Auch die neuen nationalen Vorschriften wurden weder von SPD-Landwirtschaftsminister Funke noch von Bundeskanzler Schröder in Brüssel durchgesetzt. Die Folgen: keine Gewissheit für die deutschen Verbraucher, aber große Nachteile und Wettbewerbsverzerrungen für die deutsche Landwirtschaft.

■ Die Kostenfrage ist nicht geklärt. Die verfügbaren Verfütterungsverbote für Tiermehle und die angeordneten BSE-Tests verursachen Kosten in Millionen-, ja Milliardenhöhe. Die rot-grüne Bundesregierung will diese den Kreisen, Kommunen und Ländern, vor allem aber den Landwirten und den Verbrauchern aufdrücken. Sie will sich selbst schadfrei halten, obwohl sie durch ihre Politik Mitschuld an der derzeitigen Situation hat.

■ Um vom eigenen Politikversagen abzulenken, wird die Landwirtschaft verunglimpft. Zuerst hat Bundeskanzler Schröder den

kleineren landwirtschaftlichen Betrieben notwendige Hilfen gestrichen und so den Garaus gemacht, jetzt beklagt er lauthals die sogenannte „Industrialisierung“ der Landwirtschaft. Die Grünen wollen die Landwirtschaft mit ihrer überholten Ideologie von guten Ökobetrieben und schlechten konventionell wirtschaftenden Betrieben spalten. Mit Verbraucherschutz hat das nichts zu tun.

### CDU: Verbraucherschutz an erster Stelle

Vorsorgender Verbraucherschutz, Transparenz und Sicherheit sind die Leitlinien der CDU-Politik.

Wir wollen Sicherheit für alle Verbraucher: für diejenigen, die sich regional vor Ort versorgen können, aber auch für diejenigen, die diese Möglichkeit in Großstädten und Ballungsgebieten nicht haben, und auch für die, die außer Haus in Kantinen und Restaurants essen gehen.

Alle BSE-Bekämpfungsmaßnahmen müssen EU-einheitlich erfolgen. Nur so kann Sicherheit für die Verbraucher und Wettbewerbsgleichheit für die Landwirtschaft erreicht werden.

### Konkret:

■ Exportverbote aus Ländern, in denen BSE vermehrt vorkommt, vor allem von britischem Rind- und Schaffleisch. Um der Verschleppungsgefahr zu begegnen, sollten aus Ländern mit vermehrtem BSE-Aufkommen wie Frankreich, Portugal oder der Schweiz keine Rinder und Schafe exportiert werden dürfen. Das Problem muss an seiner Wurzel gepackt werden.

■ Europaweite BSE-Tests an allen Tieren, für die der Test aussagefähig ist.

■ Europaweites einheitliches Verfütterungsverbot von Tiermehl.

■ Konsequente Kontrollen und hartes Durchgreifen bei Verstößen gegen BSE-Schutzvorschriften.

■ Sofortige EU-weite Einführung der in Deutschland schon seit längerem praktizierten und seit 1.1.2001 verbindlichen Etikettierung von Rindfleisch mit Herkunftsnachweis.

■ Bekämpfung der ursächlich mit BSE zusammenhängenden Schafkrankheit Scrapie.

■ Mehr Forschung auf dem Gebiet degenerativer Gehirnerkrankungen wie Creutzfeldt-Jacob und BSE, schnelle Klärung der Über-

## Vorbeugung weitgehend blockiert

**Der vorbeugende Verbraucherschutz ist zu einem stumpfen Schwert geworden. Aufgrund der Rechtslage kann die Bundesrepublik nur unzureichend gesetzgeberisch tätig werden.**

Sie kann nur die Grundlage der eigenen Lebensmittelproduktion festlegen, während sich die Kriterien, nach denen Lebensmittel außerhalb unseres Landes produziert werden, weitestgehend der Bestimmung der deutschen Politik entziehen. Dies ergibt sich aus dem sog. Diskriminierungsverbot.

Der vorbeugende Verbraucherschutz gerät somit immer wieder ins Rutschen. Das ist auch jetzt bei der aktuellen BSE-Diskussion der Fall. Deutschland hat das Tiermehlütterungsverbot bedeutend strenger gesetzlich festge-

schrieben als alle anderen EU-Länder. Wenn das dem Schutz des Verbrauchers dient, wo bleibt dann eigentlich der Schutz des deutschen Verbrauchers vor Lebensmitteln aus anderen EU-Ländern? Dort dürfen Tiere in einer Weise gefüttert werden, die bei uns zum Schutz des Verbrauchers verboten ist. Da die Bundesrepublik sich mit Eiern, Geflügel- und Schweinefleisch nicht selbst versorgen kann, werden Nahrungsmittel aus dem Ausland importiert und hier verbraucht.

### Keine Waffengleichheit

Die Landwirte machen zurecht darauf aufmerksam, dass bei den Produktionsbedingungen keine „Waffengleichheit“ herrscht, geschweige denn, dass diese

beim Verbraucherschutz durchgesetzt worden ist. Schließlich sind hierzulande auch Autos nicht zugelassen, die nicht deutschen Sicherheitsbestimmungen entsprechen – wieso gilt dies nicht analog bei Lebensmitteln?

Wer nach Deutschland Nahrungsmittel liefern will, muss doch wenigstens unseren Verbraucherschutz akzeptieren. Wenn die Bundesregierung das nicht durchsetzen kann, dann sollte es der deutsche Lebensmittelhandel tun. Dann stünde nicht mehr der Preiskampf, sondern ein Qualitätsmanagement im Vordergrund. Die deutschen Bauern sind in der Lage, dieses Qualitätsmanagement auch umzusetzen. Vor allem könnte dann Qualitätskriterien auf dem Markt endlich umfassend Geltung verschafft werden.

tragungswege und Weiterentwicklung der Testverfahren.

■ Mehr Informationen für den Landwirt über die zugekauften Futtermittel durch die sogenannte „offene Deklaration“.

■ Finanzielle Kompensation für die von der BSE-Krise betroffenen Landwirte. Sie sind unschuldig am Auftreten von BSE und haben – da die rot-grüne Bundesregierung die in Deutschland erlassenen

Vorschriften weder in Bezug auf BSE-Tests noch hinsichtlich der Tiermehlverfütterung EU-weit durchgesetzt hat – erheblich höhere Kosten, als ihre Berufskollegen in den Nachbarstaaten tragen müssen.

FRIEDRICH MERZ UND NORBERT RÖTTGEN:

# Gläserne Parteifinanzen – Eckpunkte einer Reform

## Das folgende Papier (gekürzt) wurde in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Abstimmung mit den beiden Parteien CDU und CSU erarbeitet:

Eine der Grundfesten der parlamentarischen Demokratie ist das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien. Darum gebietet unsere Verfassung den Parteien, über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft zu geben. Ziel dieses Transparenzgebotes ist es, den Wählern eine objektive und unbeeinflusste Wahlentscheidung zu ermöglichen. Diese sollen sich ein realistisches Bild von den politischen Parteien machen können. Sie sollen wissen, welche - auch finanziellen - Interessen hinter einer Partei stehen. Dem Parteiengesetz kommt die Aufgabe zu, dieses Gebot unserer Verfassung, das für die demokratische Willensbildung von eminenter Wichtigkeit ist, konsequent umzusetzen. Der Gesetzgeber ist dieser Aufgabe bislang nicht in hinreichendem Maße nachgekommen. Die CDU-Parteispendenaf-

färe und das von der SPD bis ins kleinste Detail betriebene System der Vermögensverschleierung haben gezeigt, dass das Parteiengesetz auch in seiner jetzigen Form eklatante Schwächen aufweist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich des enormen Vertrauensverlustes, den die Parteispendenaffäre bei den Wählern ausgelöst hat, bewusst. Wir sehen uns daher in der Pflicht, dieses verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist es, ein starkes Parteiengesetz zu schaffen, das geeignet ist, solchen und anderen Verstößen für die Zukunft effektiv vorzubeugen und den Wählern ein wirklichkeitsgetreues Bild der politischen Parteien zu verschaffen. Das bedeutet:

---

### Klarheit der Rechnungslegung

Art und Weise der Rechnungslegung müssen den Parteien im Parteiengesetz eindeutig und unmissverständlich vorgegeben werden. Schlupflöcher, Grauzonen, weite Auslegungsmöglich-

keiten und Interpretationsspielräume sind fehl am Platz. Adressat der Rechenschaftsberichte ist der Wähler und nicht der Bilanzfachmann. An dieser Maxime müssen sich Klarheit und Umfang der erhaltenen Informationen orientieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich daher für folgendes einsetzen:

- **detaillierte und transparent gerechte Richtlinien für die Rechnungslegung**
- **differenzierte Kategorisierung von Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögenspositionen**
- **größenordnungsabhängige Einzelausweispflicht**
- **Verbot Quersaldierung**
- **Erläuterungspflicht für nicht selbst erklärende Positionen**
- **Streichung der 5%-Klausel für sonstige Einnahmen**
- **Ausweis von Vermögenswerten mit dem Verkehrswert.**

---

### Neutralität des eigenwirtschaftlichen Handelns

Der Sonderstatus, den die Parteien in unserem Verfas-

sungsgefüge einnehmen, gebietet die Unterordnung und Neutralität ihres wirtschaftlichen Handelns. Hauptziel einer Partei muss die unmittelbare Einwirkung auf die politische Willensbildung der Bevölkerung sein. Hierfür ist die persönliche, intellektuelle und finanzielle Bindung der Partei an Mitglieder und Bürger unverzichtbar. Wir halten daher für notwendig:

■ **Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Parteien**

Die verfassungsrechtlichen Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung von Parteien werden in der gegenwärtigen Fassung des Parteiengesetzes nicht sichtbar. Der verfassungsrechtliche und politische Sinn dieser Grenze liegt darin, intransparente Interessenverquickungen zu verhindern und die Rückkopplung der Parteien an die Bürger zu gewährleisten.

■ **Verbot des Besitzes, des Betreibens und der Beteiligung an erwerbswirtschaftlichen Tendenzbetrieben**

Das wirtschaftliche Engagement von Parteien in Tendenzbetrieben wie insbesondere Medienunternehmen eröffnet die Möglichkeit, indirekt und vom Wähler und politischen Gegner unbemerkt auf die politische Willensbildung Einfluss zu neh-

men. Eine strikte Trennung zwischen Parteien und Medien ist rechtlich und politisch geboten. Der politische Gestaltungsauftrag der Parteien und die öffentliche Kontrollfunktion der Medien dürfen nicht verwischt werden. Parteieigene Publikationen, die direkt und erkennbar in der politischen Arbeit der Parteien eingesetzt werden, sind selbstverständlich zulässig.

■  
**Unabhängigkeit der Entscheidungsfindung**

Spenden sind eine wesentliche Einnahmequelle der im Bundestag vertretenen politischen Parteien. Diese bürgerschaftliche Form der Parteienfinanzierung trägt neben der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge zu der rechtlich und politisch gebotenen Rückkopplung der Parteien an die Bürger bei. Wegen dieser wichtigen Funktion dürfen Spenden aber schon dem Anschein nach die Unabhängigkeit staatlicher Entscheidungsfindung nicht beeinträchtigen. Auf die Einhaltung des Transparenzgebotes ist besonderes Augenmerk zu richten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich daher für folgendes ein:

■ **Verbot der Annahme nachträglicher Einfluss-spenden**

Bisher untersagt das Parteiengesetz lediglich die Annahme solcher Spenden, die im Vorfeld einer Entscheidung in Erwartung eines Vorteils, nicht aber solcher, die nach Erhalt des Vorteils nachträglich gewährt werden.

■ **Verbot der Spendenannahme von überwiegend staats-eigenen Unternehmen**

Spenden von Unternehmen, die überwiegend im Eigentum der öffentlichen Hand stehen, stellen eine verdeckte Form der staatlichen Parteienfinanzierung dar, die gerade nicht die erwünschte Bindung zwischen Partei und Bürger repräsentiert, sondern eine unerwünschte Vermengung zwischen Staat und Partei entstehen lässt. Die Finanz- und Beitragsordnung der CDU verbietet deren Annahme daher bereits in ihrer jetzigen Fassung.

■ **Verbot der Annahme von Barspenden über Euro 1.000**

Herkunft und Weg von Barspenden sind aufgrund des gewählten Zahlungsweges auch bei ordnungsgemäßer Verbuchung nur schwer nachvollziehbar. Die Annahme von Barspenden, die einen Höchstbetrag von 1000 Euro überschreiten, ist daher gesetzlich zu verbieten.

■ **Verbot der Annahme von Direktspenden**

Direktspenden an Mandatsträger oder Kandidaten, die bei diesen verbleiben, sind der Kontrolle entzogen. Deshalb sehen die Finanzstatute von CDU und CSU vor, dass Mandatsträger und Kandidaten Spenden unverzüglich und unmittelbar an die Partei weiterleiten.

### Chancengleichheit

Die staatliche Parteienfinanzierung geht von der falschen Prämisse aus, dass die Eigenfinanzierung aller politischen Parteien in erster Linie über Mitgliedsbeiträge und Spenden erfolgt. Vermögen und Einnahmen aus Wirtschaftstätigkeit der Parteien bleiben außer Betracht. Damit gefährdet die staatliche Parteienfinanzierung in ihrer aktuellen Form die Chancengleichheit zwischen den Parteien. Notwendig ist daher eine

#### ■ Erweiterung der Bezugspunkte der staatlichen Parteienfinanzierung

Die staatliche Finanzierung der Parteien richtet sich neben deren Erfolg bei Wahlen nach der Summe der Mitgliedsbeiträge sowie dem Umfang der von ihr erworbenen Spenden (§ 18 I 2 PartG). Der Grundsatz der abgestuften Chancengleichheit soll dabei verhindern, dass das po-

litische Kräftegewicht zwischen den Parteien verschoben wird.

### Kontrolle

Die CDU-Parteispendenaffäre und die Vermögensverschleierung der SPD sind nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangt, weil die Kontrollmechanismen des Parteiengesetzes funktioniert haben. Diese Kontrollmechanismen haben versagt. Aus Sicht der CDU ist daher künftig unerlässlich:

#### ■ Sicherstellung der Prüfungsunabhängigkeit

§ 31 PartG soll die parteiunabhängige Prüfung der Rechenschaftsberichte durch die Wirtschaftsprüfer sicherstellen. Ungeachtet dieser Vorschrift können politisch-personelle Verflechtungen zwischen den zu prüfenden Parteien und den Wirtschaftsprüfern nicht ausgeschlossen werden. Im Sinne einer vorbeugenden Regelung sollte das Parteiengesetz daher vorsehen, dass derselbe Wirtschaftsprüfer oder dieselbe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eine Partei nur in maximal 5 aufeinanderfolgenden Jahren prüfen darf.

#### ■ neutrale Zweitprüfung bei konkreten Anhaltspunkten für ein Fehlverhalten

Die Zweitprüfung durch den Bundestagspräsidenten ist in ihrer jetzigen Form eine reine Plausibilitätsprüfung auf Grundlage der vorgelegten Unterlagen. Darüber hinaus haben die konkurrierenden Parteien nach der geltenden Gesetzeslage keine Möglichkeit, ihrer Meinung nach fehlerhaft unterbliebenes Einschreiten des Bundestagspräsidenten zu beanstanden.

### Sanktion

Das Parteiengesetz sieht zur Zeit nur zwei Sanktionen – für den nicht rechtzeitig eingegangenen Rechenschaftsbericht und für rechtswidrig erlangte bzw. nicht ordnungsgemäß veröffentlichte Spenden – vor. Andere Verstöße gegen das Parteiengesetz bleiben nach dem Wortlaut des Gesetzes sanktionslos. Dies ist unzureichend und systematisch falsch. Notwendig ist:

#### ■ Einführung eines abgestuften Sanktionensystems

In das Parteiengesetz ist ein abgestufter Sanktionenkatalog aufzunehmen, der sich auf die den Parteien auferlegten Pflichten bezieht und nach der Schwere der Verletzung differenziert.

[http://](http://www.cducsu.bundestag.de)

Voller Wortlaut: [www.cducsu.bundestag.de](http://www.cducsu.bundestag.de)

# Ein Kongress über die **Zukunft**



Laurenz Mayer und der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Hans-Peter Repnik, zu uns. Klarer Tenor von beiden: Die momentane Politik der rot-grünen Bundesregierung ist alles andere als zukunftsorientiert. Egal ob

**Fast 200 Studenten aus dem ganzen Bundesgebiet trafen sich am ersten Adventswochenende in den Fraktionsräumen der CDU/CSU im Berliner Reichstag, um über technologische Trends und ihre Auswirkungen auf Bildung, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mit Experten zu diskutieren.**

Veranstaltet wurde der Kongress vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zusammen mit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

**Rot-Grün: alles andere als zukunftsorientiert**

Für die beiden Plenarvorträge am Samstag und Sonntag kamen Generalsekretär

reform oder Bildungspolitik: das Handeln der Regierung ist mehr von kurzfristigen Stimmungen als von einem zukunftsgerichteten Konzept gekennzeichnet.

In insgesamt acht Foren in drei Themenblöcken und mit insgesamt fast 30 Referenten wurden an beiden Tagen Fachfragen mit den Experten diskutiert. Der Themenblock „Technologische Trends“ befasste sich mit

den Themen Informationstechnologie, Energie und Gentechnik, der Themenblock „Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt“ fragte nach Arbeitsplatz, Wirtschaft und nach der Ausbildung von Morgen. Am Sonntag ging es um die Herausforderungen für das politische System. Hier wurde nach der Zukunft der Demokratie in Deutschland und den zukünftigen Strukturen in der EU gefragt.

**Große Veränderungen werden die nächsten Jahre prägen**

Obwohl es schwierig ist, hier einzelne Foren herauszugreifen, waren es vor allem die Eindrücke und Berichte von jungen Unternehmern aus der Internet- und





Biotechbranche, die deutlich machten, wie stark die Veränderungen in Wirtschaft- und Arbeitswelt auch noch die nächsten Jahre prägen werden. Das international besetzte Europaforum in englischer Sprache begeisterte vor allem durch die kontroverse Diskussion zwischen dem konservativen britischen Abgeordneten William Cash, dem ehemaligen polnischen Unterhändler für den EU-Beitritt, Piotr Nowina-Konopka, dem Vorsitzenden des Europa-Ausschusses im Bundestag, Friedbert Pflüger, und dem Chairman unseres europäischen Dachverbandes „European Democratic Students“, Gustav Casparsson, aus Schweden.

### Kein Grund für Ängste

Für jeden Teilnehmer war eines deutlich: Die heutigen technologischen Revolutionen werden ähnlich gravierend sein wie die der industriellen Revolution. Dies ist kein Grund für Zukunftsängste. Für Politik und Gesellschaft bleiben genügend Gestaltungsmöglichkeiten, wenn die Herausforderung angenommen wird.

**Tagungsband: RCDS-Bildungs- und Sozialwerk e.V., Paul-Lincke-Ufer 8b, 10999 Berlin E-Mail: [buvo@rcds.de](mailto:buvo@rcds.de)**

**PRÄVENTION** hat als Mittel der Kriminalitätsbekämpfung einen hohen Stellenwert. Im 4. Bericht des hessischen Landespräventionsrat kommt das zum Ausdruck. Justizminister Wagner: „Die Kriminalität muss bekämpft werden, bevor sie entsteht.“ Dabei habe die Zusammenarbeit von Behörden, Kirchen und Verbänden bewiesen, dass es gelingen kann, entscheidende Schritte der Prävention gemeinsam zu gehen. Beispiele: Konflikt-schlichtungsmodelle an hessischen Schulen, Sportprojekte und das Sicherungssystem FEIN (Friedberger Eigentums-Identifizierungs-Nummer).

**Dezemberfieber** wird es in Berlin dieses Jahr nicht geben. Dafür hat Finanzsenator Kurth gesorgt. Gemeint ist der bei Behörden verbreitete „Brauch“, vor Jahresende schnell noch vorhandenes Geld auch für sinnlose Anschaffungen auszugeben, um Etatkürzungen im nächsten Jahr zu vermeiden. Alle Ausgaben, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, müssen ab sofort von der Finanzverwaltung genehmigt werden.



## SCHRÖDER

### Ein Retter, der nicht rettet

Gerhard Schröder ist mit seiner Politik der schnellen Eingriffe an einem toten Punkt angekommen. Zum einen wegen der Entfernungspauschale. Sie ist ein Verfalls-Produkt der letzten Kanzler-Intervention. Jetzt geht es um BSE. Wieder einmal führt der Kanzler sein Tat-Theater auf, haut auf den Tisch und spricht Kraft-Worte. Aber was geschieht wirklich? Man verbietet per Schnellgesetz die Verfütterung von Tiermehl, was nicht viel bringt, weil es schon bisher verboten war, das Zeug an Rinder zu verfüttern.

Beide Beispiele – BSE und Entfernungspauschale – zeigen die Grenzen einer kurzatmigen, interventionistischen Politik. Schnell durchgreifen kann eine Regierung nur, wenn sie sehr, sehr stark ist. Schröders Ad-hoc-Entscheidungen sind

aber selten von Dauer, nie nachhaltig.

Jetzt, da des Kanzlers Tat-Theater nur noch zum Lachen reizt, wäre es vielleicht an der Zeit, im Kanzleramt mal über Nachhaltigkeit nachzudenken: über die der Politik. Ein Versprechen muss gelten, eine Rettung muss retten und eine Tat muss Folgen haben. Sonst verlieren die Bürger irgendwann den Respekt vor der Politik. Der Tagesspiegel

## ÖKOSTEUER

### Ins Gegenteil verkehrt

Den Unmut vieler Autofahrer über die Ökosteuer mag die geplante Entfernungspauschale ja besänftigen. Die Ungereimtheiten dieser jährlich steigenden Zwangsabgabe auf den Energieverbrauch werden dadurch jedoch bis ins Bizarre vergrößert. Die Grundidee, mit der Sondersteuer zugleich Umweltbelastungen zu verteuern und Arbeitskosten zu verringern, mag für manchen ihren Charme ha-

ben. Dem haben sich einst auch führende Unionspolitiker nicht entziehen können. Doch zum Schutz der Exportwirtschaft wurde so gleich ein Ausnahmekatalog geschaffen, mit dessen Hilfe gerade die größten Stromverbraucher durch eine aufwendige Finanzbürokratie von der Zahlung freigestellt worden sind. Nun sollen auch noch die Fernpendler beim Fiskus einen Sonder Rabatt erhalten. Das ursprüngliche Ziel, einen sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen zu fördern und Beeinträchtigungen von Mensch und Natur zu mindern, wird damit nun auch auf Verbraucherseite ins Gegenteil verkehrt.

Frankfurter Allgemeine

## BetrVG

### Denkfehler

Fast alle Nachbarländer loben die Mitbestimmung in Deutschland. Aber daran, sie ihrerseits einzuführen, denken sie nicht. Der Grund, der etwa in Frankreich und





Großbritannien für diese Zögerlichkeit genannt wird, mag befremdlich klingen: Die beiden Seiten, Arbeitgeber und Beschäftigte, stünden sich noch zu feindselig oder zumindest misstrauisch gegenüber, als dass mit Betriebsverfassungsgesetzen eine erfolversprechende Plattform der Zusammenarbeit geschaffen werden könne. „Bei euch in Deutschland“, so kommt das Lob von jenseits des Rheins, „ist das Arbeitsklima eben besser.“ Was im Ausland selbstkritischer erkannt wird, erhellt die Fragwürdigkeit dessen, was Bundesarbeitsminister Walter Riester mit seinem Entwurf eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes anstrebt. Funktioniert ein Betriebsrat erst dann, wenn im Betrieb eine leidlich gute Atmosphäre herrscht – warum braucht man dann ein Gesetz, das einen Betriebsrat vorschreibt? Und ist das Arbeitsklima in Deutschland schon lobenswert – warum baut Riester den Betriebsrat dann so aus, als wolle er dem Arbeitgeber eine Aufsichtsbehörde in die Werkshalle setzen? Rheinische Post

## Regulierungswut

Seit Monaten schon wird über die Gesetzespläne der Bundesregierung zum Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung spekuliert. Nun liegen die Vorschläge des Arbeitsministers auf dem Tisch- und die Unternehmer sehen sich in ihren schlimmsten Vorahnungen bestätigt. Die Machtbalance innerhalb der Betriebe wird deutlich zu Gunsten der Gewerkschaften verschoben. Die SPD erfüllt damit ihren natürlichen Verbündeten einen Herzenswunsch – ohne Rücksicht auf den Schaden für den Standort Deutschland. In einer globalisierten Welt ist die Fähigkeit zu schnellen Entscheidungen für Unternehmen eine Überlebensfrage. Aufgeblähte Betriebsräte dienen keineswegs der Modernisierung, sondern bergen die Gefahr von Verzögerungen. Hinzu kommen die zusätzlichen Kosten, die den Unternehmen mit dem neuen Gesetz aufgebürdet werden. Die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ist ein weite-

rer Schritt der rot-grünen Koalition zur Regulierung am Arbeitsmarkt. Die Welt

## ASYLANTEN

### Ohne Konzept

Asylbewerber dürfen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Denn wer arbeiten kann und einen Job findet, sollte nicht dem Sozialamt auf der Tasche liegen. Die einjährige Wartezeit macht dabei keinen erkennbaren Sinn. Neben den Sozialversicherungen, die mit jährlichen Zusatzeinnahmen von 1,3 Milliarden Mark rechnen, freut sich vor allem das Dienstleistungsgewerbe über die neue Verordnung. Deutsche Arbeitskräfte sind für viele Jobs beispielsweise in der Niedriglohnbranche Gastronomie nicht zu haben. Dennoch ist auch die neue Verordnung ähnlich wie die Green Card kein wirklicher Schritt nach vorn in der Einwanderungspolitik.

Sächsische Zeitung

# Die Adressen der Rundfunk- und Fernsehanstalten

## ■ ARD-Zuschauerredaktion

Arnulfstr. 42  
80335 München  
Tel.-Nr. 089-5900-3344  
Fax-Nr. 089-5900-3249  
E-Mail: info@ARD.de

## ■ Arte-Zuschauerdienst

2A, rue de la Fonderie  
F-67080 Strasbourg Cedex  
Tel.-Nr. 0033-388-142255  
Fax-Nr. 0033-388-142160  
E-Mail: communication@arte-tv.com

## ■ Bayerischer Rundfunk

Rundfunkplatz 1  
80335 München  
Tel.-Nr. 089-59-01  
Fax-Nr. 089-59-00-3275  
E-Mail: zuschauerredaktion@br-online.de

## ■ DeutschlandRadio, Berlin

Hans-Rosenthal-Platz  
10825 Berlin  
Tel.-Nr. 030-8503-0  
Fax-Nr. 030-8503-6168  
E-Mail: deutschlandradio.berlin@dradio.de

## ■ Deutscher Presserat

Postfach 7160  
53071 Bonn  
Tel.-Nr. 0228-98572-0

## SCHREIBEN SIE!

Eine Reihe von Lesern hat den Wunsch geäußert, diese Adressen zusammenzustellen. Letzter Anlass: in der vorigen UiD-Ausgabe die Stellungnahme des medienpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Lammert zur Ingo Apelt Show in Pro 7, die sich mit dem Thema „Was wir Kindern mögen und was wir an ihnen hassen“ befasst. Was Lammert dazu sagt, trifft die weit verbreitete Verärgerung über Geschmacklosigkeiten im Fernsehen. Damit Widersprüche ihre Wirkung tun, sollten sie von vielen anderen bei den Sendern eingehen. Es geht nicht nur um Unterhaltung, sondern auch um Politik.

Fax-Nr. 0228-98572-99  
E-Mail: info@presserat.de

## ■ 3sat

ZDF-Straße 1  
55100 Mainz  
Tel.-Nr. 06131-701  
Fax-Nr. 061317-09090

E-Mail: info@3sat.de

## ■ Deutsche Welle TV

Voltastraße 6  
13355 Berlin  
Tel.-Nr. 030-464660  
Fax-Nr. 030-4631-998  
E-Mail: online@dwell.de

## ■ Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen e.V.

Lützowstraße 33  
10785 Berlin  
Tel.-Nr. 030-230836-0  
Fax-Nr. 030-230836-70  
E-Mail: info@fsf.de

## ■ Hessischer Rundfunk

Bertramstraße 8  
60320 Frankfurt  
Tel.-Nr. 069-1551  
Fax-Nr. 069-1552900  
E-Mail: Publikumsservice@hr.de

## ■ MDR

Kantstraße 71-73  
04275 Leipzig  
Tel.-Nr. 0341-3000  
Fax-Nr. 0341-3006789  
E-Mail: zuschauerredaktion@mdr.de

## ■ NDR-Programmdirektion Fernsehen

Gazellenkamp 57  
22504 Hamburg

Tel.-Nr. 040-41 56-0  
 Fax-Nr. 040-44 76 02  
 E-Mail: info@ndrvt.de

### ■ N-TV Berlin

Taubenstraße 1  
 10117 Berlin  
 Tel.-Nr. 030-20 19 00  
 Fax-Nr. 030-20 19 05 05  
 E-Mail: info@n-tv.de

### ■ ORB

Marlene-Dietrich-Allee 3  
 14482 Potsdam  
 Tel.-Nr. 03 31-7 31-36 20  
 Fax-Nr. 03 31-7 31-36 24  
 E-Mail: orbonline@orb.de

### ■ Phoenix

Langer Grabenweg 45-47  
 53175 Bonn  
 Tel.-Nr. 0 18 02-82 17  
 Fax-Nr. 0 18 02-82 13  
 E-Mail: phoenix@zdf.de

### ■ Pro Sieben Media AG

Medienallee 7  
 85774 Unterföhring  
 Tel.-Nr. 089-95 07-10  
 Fax-Nr. 089-95 07-11 22  
 E-Mail: info@prosieben.com

### ■ RTL Television GmbH

Aachener Straße 1036  
 50858 Köln  
 Tel.-Nr. 02 21-4 56-0  
 Fax-Nr. 02 21-4 56-16 90  
 E-Mail: info@rtl.de

### ■ RTL II

Bavariafilmplatz 7  
 82031 Grünwald  
 Tel.-Nr. 089-64 18 50

2001 - 2002 - 2003

## Die Wähler entscheiden

**2001** ■ 25.3.: Landtagswahl Baden-Württemberg (24.3.96) ■ 25.3.: Landtagswahl Rheinland-Pfalz (24.3.96) ■ Kommunalwahl Niedersachsen (15. 9.96) ■ 18.3.: Kommunalwahl Hessen (2.3.97) ■ Bürgerschafts-u. Bezirksversammlungs-wahl (21.9. 97)  
**2002** ■ Kommunalwahl Bayern (10.3.96) ■ Kommunalwahl Schleswig-Holstein (22.3.98) ■ Landtagswahl Sachsen-Anhalt (26.4.98) ■ Landtagswahl Bayern (13.9. 98) ■ **Bundestagswahl** (27.9.98) ■ Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern (27.9. 98)  
**2003** ■ Landtagswahl Niedersachsen (1.3.98) ■ Kommunalwahl Brandenburg (27.9.98) ■ Landtagswahl Hessen (7.2.99) ■ Bürgerschafts-wahl Bremen (6.6.99)  
 \* in Klammern: letzte Wahl

Fax-Nr. 089-641 85-999  
 E-Mail: empfang@rtl2.de

### ■ Sat 1 - Zuschauerservice

Jägerstraße 32  
 10117 Berlin  
 Tel.-Nr. 0 30-20 90-28 48  
 Fax-Nr. 0 30-20 90-28 48  
 E-Mail: satinfo@sat1.de

### ■ Südwestrundfunk

Neckarstraße 230  
 70190 Stuttgart  
 Tel.-Nr. 07 11-92 90  
 Fax-Nr. 07 11-9 29 26 00  
 E-Mail: tv@swr-online.de

### ■ SWR Funkhaus Mainz

Am Fort Gonsenheim 139  
 55122 Mainz  
 Tel.-Nr. 061 31-9 29-0  
 Fax-Nr. 061 31-9 29-2002

E-Mail: tv@swr-online.de

### ■ VOX Film- und Fernseh-GmbH & Co.KG

Richard-Byrd-Straße 6  
 50829 Köln  
 Tel.-Nr. 02 21-9 53 40  
 Fax-Nr. 02 21-9 53-80 00  
 E-Mail: mail@vox.de

### ■ WDR Köln

Appelhofplatz 1  
 50667 Köln  
 Tel.-Nr. 02 21-2 20-0  
 Fax-Nr. 02 21-2 20-44 80  
 E-Mail: osc@wdr.de

### ■ ZDF-Zuschauerservice

55100 Mainz  
 Tel.-Nr. 061 31-70 21 61  
 Fax-Nr. 061 31-70 21 70  
 E-Mail: info@zdf.de

## z. B. Parteitagsreden, Beschlüsse und wichtige Diskussionspapiere

### DOKUMENTE VON PARTEITAGEN UND „KLEINEN PARTEITAGEN“

#### Bundesausschuss in Stuttgart (20. November 2000)

- Rede der Parteivorsitzenden Angela Merkel
- „Aufbruch in die lernende Gesellschaft!“ Bildungspolitische Leitsätze, Beschluss des Bundesausschusses
- Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz
- „Unser Leitbild ist die lernende Gesellschaft“, Rede der stellvertretenden Vorsitzenden, der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan
- Bildungsvorsprung für Deutschland (Bildung und Internet), Entwurf für den Bundesvorstand der CDU
- „Wir werden uns die Rüpeleien der SPD nicht länger gefallen lassen!“ Rede von Generalsekretär Laurent Meyer in Stuttgart
- Ergebnisse des ersten Internet-Parteitags der CDU zur Bildungspolitik

#### 13. Parteitag in Essen (9. bis 11. April 2000)

- „Essener Erklärung“, Beschluss des 13. Parteitags
- Bericht des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble (Auszug aus der Niederschrift des 13. Parteitags)
- Bericht der Generalsekretärin Angela Merkel (Auszug aus der Niederschrift)
- Bericht des Bundeschatzmeisters Matthias Wissmann (Auszug aus der Niederschrift)
- „Reform der Parteiarbeit“, Beschluss des 13. Parteitags
- „Änderungen des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) der

- CDU zur Reform des Finanzmanagements“, Beschluss des 13. Parteitags
- „Finanzielle Konsolidierung der Bundespartei“, Beschluss des 13. Parteitags
- Änderungen des Statuts der CDU und der Geschäftsordnung der CDU in Bezug auf den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK), Beschluss des 13. Parteitags
- Sonstige Beschlüsse

#### Bundesausschuss in Berlin (13. Dezember 1999)

- Bericht des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble (Auszug aus der Niederschrift)

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

THEMA WIRTSCHAFT FORUM PRESSE POLITIK A-Z BUNDESTAGSFRAKTION

POLITIK A-Z

PARTEITAGE

Übersicht über Parteitagsreden, Beschlüsse und wichtige Diskussionspapiere

I. Dokumente von Parteitag

Bundesausschuss in Stuttgart (20. November 2000)

Rede der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel

„Aufbruch in die lernende Gesellschaft!“, Bildungspolitische Leitsätze, Beschlüsse des Bundesausschusses der CDU Deutschlands

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion Friedrich Merz

„Unser Leitbild ist die lernende Gesellschaft!“

HOME ÜBER UNS MITMACHEN SERVICE ESSOP CDU-INTERN ENGLISH KONTAKT

■ Bericht der Generalsekretärin Angela Merkel (Auszug aus der Niederschrift)

■ Lust auf Familie, Lust auf Verantwortung, Beschluss des Bundesausschusses am 13. Dezember 1999 in Berlin

## 12. Parteitag in Erfurt (25. bis 27. April 1999)

■ „Erfurter Leitsätze“, Beschluss des 12. Parteitags

■ „Europa muss man richtig machen“, Beschluss des 12. Parteitags

■ „Ein neuer Aufbruch in der Union“, Bericht von Wolfgang Schäuble

■ „Europa muss man richtig machen“, Einführung in den europapolitischen Antrag, vorgestellt von Volker Rühle

## 10. Parteitag Bremen (17. bis 19. Mai 1998)

■ „Zukunftsprogramm“, Beschluss des 10. Parteitags

## 5. Parteitag in Hamburg (21. bis 23. Februar 1994)

■ „Grundsatzprogramm der CDU“, Beschluss des 5. Parteitags

<http://>

Im Internet unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de) (Politik A-Z)

## UID IM INFONET

**Im Mai haben wir dem UiD ein neues Gesicht gegeben und gleichzeitig damit begonnen, das Printmedium mit unseren online-Informationen zu verknüpfen.**

**Merkmal dieser Verknüpfung:**

Die http-Hinweise im Kästchen am Ende der Artikel, wenn es noch weitere Einzelheiten gibt oder volle Wortlaute.

Dass auch jede UiD-Ausgabe online zur Verfügung steht, wissen immer noch nicht alle. Und noch weniger wissen, wie sie dran kommen.

Hier deshalb der Weg zum UiD im Infonet:

■ Wählen Sie an: [www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

■ Geben Sie an: Name und Kennwort. Wenn Sie noch keins haben, lassen Sie sich eins von Frau Goidt geben:

Tel. 0 22 26-80 20.

■ Gehen Sie auf der Menü-Leiste links auf „Aktuell/ Neue Texte“ oder direkt in „Politik/ UiD“.

Unter „Neue Texte“ finden Sie die jeweils neueste UiD-Ausgabe, unter „Politik“ alle anderen Ausgaben, die vorher erschienen sind.



## DISKUSSIONS- PAPIERE

■ Starke Bürger. Starker Staat. Zur Fortentwicklung unserer gesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Ordnung, Vorlage der CDU-Präsidiumscommission unter Christa Thoben „Spielraum für kleine Einheiten“

■ Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungs-Kommission der CDU, die unter Federführung des saarländischer Ministerpräsidenten Peter Müller und des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Ressort Innen- und Rechtspolitik, Wolfgang Bosbach, erstellt wurde

# Aktion „Weg mit dieser Ökosteuern“

*Das sind die aktuellen Materialien zur  
ÖK.O.-Steuer-Aktion am 29. 12. 2000*



Unser Tipp zu Silvester:

**Jetzt NOCH MAL RICHTIG  
VOLLLAUFEN LASSEN.**



WEG MIT DIESER ~~X~~ ÖK.O.-STEUER

**CDU**

Plakat  
DIN A0 und DIN A1

Sie können diese  
Materialien mit  
dem Bestellschein  
auf der Seite 23  
bestellen.



Unser Tipp zu Silvester:

**Jetzt NOCH MAL RICHTIG  
VOLLLAUFEN LASSEN.**

Flugblatt

**Schrittweise Ök.O.-Steuer  
ab 2. Januar 2001**

Die Ök.O.-Steuer wird ab dem 2. Januar 2001 in drei Schritten eingeführt. In jedem Schritt wird ein bestimmter Prozentsatz der Ök.O.-Steuer für bestimmte Kraftstoffe und für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Erdgas und Biomasse erlassen. Die Ök.O.-Steuer wird ab dem 2. Januar 2001 für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Erdgas und Biomasse erlassen. Die Ök.O.-Steuer wird ab dem 2. Januar 2001 für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Erdgas und Biomasse erlassen.



WEG MIT DIESER ~~X~~ ÖK.O.-STEUER

**CDU**



WEG MIT DIESER ~~X~~ ÖK.O.-STEUER

**CDU**

# Aktion „Weg mit dieser Öko-Steuer“

## Bestellschein

Greven & Bechtold GmbH  
Herrn Reisch  
Sigurd-Greven-Strasse

50354 Hürth

Tel.: 02233/690051

Fax: 02233/690059

**WICHTIGER HINWEIS!**  
Wer bis 12.00 Uhr bestellt,  
wird am Folgetag bis 16.00 Uhr  
die Lieferung erhalten.



--	--	--	--

Absender / KV-Nr.

**Rechnungsanschrift**

.....  
CDU-Verband  
.....  
Ansprechpartner  
.....  
Straße  
.....  
PLZ, Ort  
.....  
Tel.-Nr.

**Lieferanschrift** (falls nicht identisch)

.....  
CDU-Verband  
.....  
Ansprechpartner  
.....  
Straße  
.....  
PLZ, Ort  
.....  
Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.  
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

## Bestellung

- **Plakat DIN A0**  
Preis: 13,00 DM / je 10 Expl. .....Expl.
- **Plakat DIN A1**  
Preis: 11,50 DM / je 20 Expl. .....Expl.
- **Flugblatt DIN A4**  
Preis: 14,50 DM / je 100 Expl. .....Expl.

Alle Preise sind zzgl. MwSt. und Porto.

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

# UD

Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

## *Passend zum Thema Ökosteuern – Unsere Kerzenstumpen „100% ÖK.O.-Steuer-frei“*



Bestell-Nr. 9700

Preis: 48,-DM  
je Mischpackung (24 St.)

**BESTELL-  
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum  
Postfach 1465  
59306 Ennigerloh  
Telefax 02524/911310  
e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)